

D-03-NEU Dringlichkeitsantrag: Ende des Tötens, Wege zum Frieden

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Die Hamas-Terroristen
2 haben
3 auf brutale Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240 Geiseln
4 genommen. BÜNDNIS
5 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terrorakt aufs Schärfste. Wir stehen nach diesen
6 fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir trauern mit
7 den
8 Angehörigen der Opfer. Wir zollen allen Respekt, die in diesen schweren Stunden
9 Menschen
10 gerettet, Verwundete und Hinterbliebene betreut haben.

11 Die besondere Beziehung Deutschlands zu Israel muss vor dem Hintergrund des
12 historischen
13 Zivilisationsbruches, des staatlich organisierten und systematisch durchgeführten
14 Mordes an
15 sechs Millionen Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland, gesehen
16 werden.
17 Der Staat Israel wurde 1948, drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, gegründet
18 und sein
19 Existenzrecht ist für das Nachkriegsdeutschland deshalb ein wesentlicher Bestandteil
20 der
21 außenpolitischen Orientierung geworden, genauso wie das Diktum „Nie Wieder“, in
22 dem Sinn,
23 dass jüdisches Leben in Deutschland sicher sein muss. Denn dies gilt für unsere
24 grundgesetzlich geschützten Werte, die natürlich für alle in Deutschland lebenden
25 Menschen,
26 unabhängig von ihrer religiösen und weltanschaulichen Orientierung, gelten.

16 **SICHERHEIT VERTEIDIGEN, VÖLKERRECHT BEACHTEN, MENSCHEN SCHÜTZEN**

17 Israel hat wie jeder andere Staat das in Artikel 51 der UN-Gründungscharta
18 völkerrechtlich
19 verbrieftete Recht, sich gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen, damit die
20 Regierung
21 ihrer Pflicht nachkommen kann, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Dabei
22 müssen die
23 übernommenen Selbstverteidigungsmaßnahmen in Rahmen, Umfang, Dauer und
24 Intensität
25 verhältnismäßig sein.

22 Unter dem Krieg zwischen Israel und der Hamas leidet vor allem auch die
23 palästinensische
24 Zivilbevölkerung, die völkerrechtswidrig von Wasser, Benzin, Strom,
25 Nachrichtenverbindungen
26 und Nahrungsmitteln sowie von medizinisch notwendigen Medikamenten und
27 Materialien
28 abgeschnitten wird, da die israelische Regierung Gaza abgeriegelt hat und alle
29 Zugänge
30 kontrolliert. Die Behinderung der Lieferung von Trinkwasser, Nahrungsmitteln,
31 Medikamenten
32 und Energie verstößt gegen das internationale Völkerrecht und muss beendet werden.
33 Das Leid
34 der Menschen in Gaza, die unter schwersten Bedingungen der Besatzung leben
35 müssen, macht uns
36 tief betroffen.

37 Die verschärfte Blockade des Gazastreifens muss beendet werden. Schwerkranke,
38 Schwerverletzte, ältere Menschen, Neugeborene und traumatisierte Kinder und
39 Jugendliche
40 müssen schnellstmöglich in Krankenhäuser in das benachbarte Ausland überführt
41 werden, weil
42 die medizinische Versorgung in Gaza seit dem israelischen Angriff nicht mehr
43 gewährleistet
44 ist und somit die nächste humanitäre Katastrophe droht.

45 Wir stehen uneingeschränkt an der Seite der israelischen Bevölkerung. Jedoch stehen
46 wir auch
47 fest an der Seite der Zivilbevölkerung in Palästina. Wir fordern, dass die humanitäre
48 Hilfe
49 die notleidenden Menschen im Gaza-Streifen, die unter einem permanenten
50 Kriegszustand
51 leiden, erreicht. Dort gibt es für die 2.1 Millionen Einwohner*innen, von denen mehr als
die
Hälfte jünger als 20 Jahre ist, keine sicheren Zufluchtsorte. Dafür sind ein humanitärer
Waffenstillstand und sichere Korridore von entscheidender Bedeutung.

Die Hamas und andere extremistische Gruppen müssen sofort alle Geiseln freilassen
und
umgehend ihre Raketenangriffe einstellen.

Der Terrorangriff der Hamas entbindet Israel nicht, sich an die völkerrechtlichen Regeln
auch im Kriegsfall zu halten. Sicherheit muss es auch bedingungslos für die
palästinensische
Zivilbevölkerung, insbesondere für Frauen und Kinder geben. Angriffe auf
Krankenhäuser sind
nicht akzeptabel.

Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle
Kriegsparteien,
in Israel, im Gazastreifen und im Westjordanland.

Wir zollen Respekt den Freiwilligen, Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, sowie
Journalist*innen, die bei ihrer Arbeit vor Ort ihr Leben riskieren. Wir gedenken der
zahlreichen unschuldigen Opfer in deren Reihen.

52 **NACH DEM KRIEG**

53 Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich
54 auch die EU beteiligen soll. Dieser kann nur in einem gesicherten und stabilisierten Umfeld
55 stattfinden.

56 Daher befürworten wir die Prüfung der Entsendung von UN-Friedenstruppen in den
57 Gazastreifen und ins Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen
58 Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dazu unterstützen
59 wir die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies muss ein intensives
60 Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und palästinensischen
61 Bewohner*innen umfassen, denn nur durch Respekt und Verbundenheit ist Frieden
möglich.

62 Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie die Zweistaatenregelung auf
63 Grundlage der „Oslo-Abkommen“, der nachfolgenden Abkommen und Vereinbarungen und der
64 entsprechenden UN-Resolutionen.

65 Diese Friedensinitiative muss gegen alle extremistischen Gruppierungen auf beiden
66 Seiten durchgesetzt werden. Dabei sind wir offen für alternative Friedenslösungen. In jedem
67 Fall muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und Palästinenser*innen als
68 gleichberechtigte Bürger*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben können. Wir
69 sehen hier die deutsche Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.

70 Wir verurteilen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung, welche die
71 fortwährende rechtswidrige Landnahme durch jüdische Siedler*innen unterstützt. Ebenso verurteilen
72 wir die gewalttätigen Übergriffe der Rechtsextremen und der radikalen Siedler*innen im
73 Westjordanland. Diese Gewalt nimmt täglich mit zahlreichen Toten und Verletzten zu.

74 Wir fordern die amtierende Regierung Israels auf, diese Gewalttaten umgehend zu
75 unterbinden und juristisch zu verfolgen, dazu gehören auch die dokumentierten Übergriffe des
76 israelischen Militärs.

77 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen
78 Lage für einen erneuten Friedensprozess einzusetzen.

79 Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu aufruft,
80 sich mit dessen Ursachen kritisch und aus verschiedenen Perspektiven auseinanderzusetzen.

81 **GEFAHR EINES FLÄCHENBRANDES MUSS EINGEGRENZT WERDEN**

82 Wir unterstützen unsere Außenministerin in ihrem Bestreben auf die Regionalmächte
83 und
84 Milizen wie Hisbollah, die Huthi-Rebellen und andere regionale Extremisten, in den
85 israelisch-palästinensischen Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf
86 eine Deeskalation hinzuwirken.
87 Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des Konflikts mit Beteiligung
88 des
89 Iran und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand bis hin zum
90 Einsatz
91 von Atomwaffen und zu Angriffen auf Atomanlagen.

89 **WIR BEKÄMPFEN DEN ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND**

90 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
91 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Gleichzeitig
92 werden
93 Muslime und muslimische Einrichtungen angegriffen, weil sie unter Generalverdacht
94 gestellt
95 werden, sich antisemitisch zu verhalten. Antisemitismus in Deutschland ist vor allem
96 dem
97 rechten Lager zuzuschreiben. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische
98 Äußerungen und
99 Übergriffe. Tätliche wie verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und
100 auf
101 alle hier lebenden Jüdinnen und Juden sind völlig inakzeptabel.
102 Dies gilt ebenfalls für das vielfältige muslimisch geprägte Leben in Deutschland, das ein
103 Teil dieser offenen Gesellschaft ist. Wir treten Antisemitismus, insbesondere der Gewalt
104 gegen jüdische Menschen und Institutionen in Deutschland entschieden entgegen.
105 Israelis
106 müssen frei und sicher in Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und
107 Identität sichtbar zu machen. Kundgebungen, auf denen die Hamas verherrlicht und
108 gefeiert
109 wird, verstoßen gegen gültiges Recht und sind nicht duldbar. Wer aber meint, das
110 Problem des
111 Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, hat das Problem
112 „Antisemitismus“ nicht verstanden. Wir brauchen Informationen, Aufklärung und
113 Bildung gegen
114 Antisemitismus. Die staatlichen Geldmittel und Förderprogramme dazu müssen stark
115 erhöht
116 werden.
117 Dabei achten wir darauf, die Pluralität jüdischer Stimmen anzuerkennen und
118 wertzuschätzen.
119 Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf
120 Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung in den palästinensischen
121 Gebieten

- 110 muss selbstverständlich gewährleistet sein. In Deutschland leben zahlreiche Menschen mit
111 familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die palästinensischen
Gebiete
112 und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen im Gaza-Streifen und der ganzen
Region,
113 ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land. Gewaltfreie politische
Äußerungen,
114 die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung beinhalten, gehören zur Ausübung
der
115 Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die für jede Demokratie grundlegend sind.
- 116 Wir stellen uns entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.
Wir
117 stehen immer an die Seite aller von Gewalt und Diskriminierung Betroffenen.

Begründung der Dringlichkeit

Die weiteren Ereignisse nach Einstellen des D3 erforderten u.E. eine erneute Überarbeitung und Aktualisierung.

Verfahrenshinweis: Der Antrag kann u.E. sowohl als ÄA auf D3 (als Globalalternative), also D3Neu oder als neuer Dringlichkeitsantrag D4 gewertet werden, ersetzt aber auf jeden Fall D3, dieser wird nach Einstellung und Freischaltung zurückgezogen.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Maria Regina Feckl (KV Erding); Martin Pilgram (KV Starnberg); (KV Recklinghausen); Gabriele Fürstenberg (KV Köln); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Martin Forberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tanja Achenbach (KV Berlin-Mitte); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Frauke Neumann-Silkow (KV Frankfurt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Joanna Kiliszek (KV Havelland); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.